

Federf. Stadtamt: Jugendamt

Vorlage für den	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Jugendhilfeausschuss		26.09.2002	

öffentliche Sitzung

Betrifft:

**Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90 Die Grünen vom 24.7.02 gem. § 7 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Gladbeck und seine Ausschüsse
-Kinder- und Jugendfreizeitsituation in der familienfreundlichen Stadt Gladbeck**

Begründung:

(ggf. zusätzlich)

Kindern und Jugendlichen wird in der familienfreundlichen Stadt Gladbeck eine Vielzahl organisierter Freizeitmöglichkeiten angeboten. Unter Beteiligung von Jugendgruppen und Schulen wurde und wird engagiert der Ausbau von Spielplätzen und Jugendtreffpunkten vorangetrieben. Die aktuell ausgebaute Anlage im Südpark mit ihrem Free-Climbing- und Skating- Angebot ist nur ein Beispiel, das von den Grünen begrüßt, unterstützt und gefördert wird.

Nicht organisierte Freizeitaktivitäten von Kindern und Jugendlichen stoßen jedoch in Gladbeck – auch in der jüngsten Vergangenheit – wiederholt auf Widerstände. Dies scheint allerdings kein spezifisches Problem unserer Stadt, sondern vielmehr unserer Gesellschaft zu sein. Gerade unsere Auszeichnung als kinder- und familienfreundliche Stadt durch das Bundesfamilienministerium verpflichtet jedoch Verwaltung und Politik, gemeinsam als Anwalt für die Belange unserer jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger nach außen aufzutreten.

Die Diskussion um Jugendveranstaltungen im Volkspark Wittringen ist nur ein Beispiel für die fehlende Toleranz und das mangelnde Verständnis für die Freizeitbedürfnisse der jungen Generation. Immer wieder müssen junge Mitbürger ihre Belange in unserer Stadt zurückstellen oder einschränken: Skater werden aus der Innenstadt verjagt, Bolzplätze werden als Lärmbelästigung bewertet, Streetball-Körbe in verkehrsberuhigten Bereichen stellen eine Gefahr für parkende Autos dar und Kinderspielplätze werden schon vorsorglich (wie im Baugebiet Berliner Straße geschehen) außerhalb der Bebauung angelegt, um möglichen Beschwerden vorweg zu greifen.

Gerade im Hinblick auf die – durch die schrecklichen Erfurter Ereignisse ausgelöste – Wertediskussion sind Politik und Verwaltung gefordert, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich in unserer Stadt zu entfalten und ihren Aktivitäten nachzugehen. Statt wie andere die Zensur von Musik, Videos und Computerspielen zu fordern, muss sich die familienfreundliche Stadt Gladbeck den Ursachen der Isolation stellen und der Ausgrenzung und Reglementation von Jugendlichen offensiv entgegenwirken.

Mitzeichnungen				
Bürgermeister	Erster Beigeordneter:	Beigeordneter/ Stadtkämmerer:	Beigeordneter/ Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

Beispielhaft möchten wir die Verwaltung in diesem Zusammenhang bitten, eine Einschätzung zu den Abifeten und der jagjam-Veranstaltung zu geben:

-auf welche Rechtsgrundlage stützt sich die Einzelklage, die die Jugendveranstaltungen im Resultat auf 1 Uhr beschränkt hat? Welche Möglichkeiten hat die Stadt, hier als Anwalt der jungen Generation aufzutreten?

-wurden beispielhafte Lärmmessungen durch Aufstellung eines Lautsprecherwagens auf der Bogenschießanlage getätigt, die die Anschuldigungen des Butendorfer Anwohners bestätigt haben? In welcher Relation liegen die Veranstaltungsemissionen zu Lärmemissionen der A 52 und der B 224? Bei wem liegt die Beweispflicht?

-Wie wird mit dem Thema weiter umgegangen? Gibt es Ersatzstandorte?

-Kommt eine Nutzung der Maschinenhalle Zweckel auf für Jugendveranstaltungen in Betracht, was wiederholt gefordert wurde und von uns unterstützt wird.

Die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen würde sich freuen, wenn sich alle Fraktionen geschlossen für eine verstärkte Berücksichtigung der Jugendbelange aussprechen. Hierzu scheint es auch sinnvoll, regelmäßig den Dialog mit Kindern- und Jugendlichen zu suchen und Probleme und Anregungen zu erörtern. Der Kreis veranstaltet beispielsweise sogenannte JuPo's (Jugend-Politik-Hearing).

Beschlussentwurf:

Politik und Verwaltung verstehen sich in der kinder- und familienfreundlichen Stadt Gladbeck auch als Anwalt von Kindern und Jugendlichen. Sie werden gemeinsam die Interessen der jungen Generation vertreten. Hierzu wird die Verwaltung u.a. beauftragt, ein erstes Gladbecker Jugend-Politik-Hearing nach Kreisvorbild zu organisieren.

Der Ausschuss bekräftigt die Verwaltung in ihrem bereits getätigten Engagement, die Eigeninitiative der Jugendlichen weiter positiv und unterstützend zu begleiten und an jugendgerechten Lösungen im Einvernehmen mit dem Beschwerdeführer zu erarbeiten.

Mario Herrmann
Ratsherr

Bernd Lehmann
Sachkundiger Bürger

In der Sitzung des

- _____-Ausschusses
- Rates
- Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: